Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wöchentlich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hösgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 2½ mm breit kosten für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — Samstag, den 10. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1272

Die Besoldungsreform.

vdz **Berlin**, 9. Dez. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute seine Beratungen bei der Besoldungsgruppe 10 der Besoldungsordnung A (Gehälter 1600 bis 2400 Mark) fort. Hierzu lagen Entschließungen der Regierungsparteien vor, nach denen die für Assistentenstellen geprüften Post- und Telegraphenbetriebs-Assistenten im Wege des Haushalts in einem dreijährigen Zeitraum nach der Besoldungsgruppe A 8 a zu überführen sind. Nach längerer Debatte wurde unter Annahme dieser Entschließungen die Fassung der ersten Lesung aufrechterhalten. Desgleichen die Besoldungsgruppe 11 (1500 bis 2200 Mark). Bei der Besoldungsgruppe 11, die die niedrigsten Gehälter umfaßt, wurde von den Kommunisten beantragt, diese Gruppe aufzuheben und die Beamten höherzustufen. Dieser Antrag, sowie ein ähnlicher demokratischer Antrag, wurden abgelehnt. Im übrigen bleibt es bei den Beschlüssen erster Lesung. Vor Eintritt in die Beratung der Besoldungsordnung B (feste Gehälter), wird ein Schreiben des Reichsarbeitsministers verlesen, wonach der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für die Arbeitsämter beabsichtigt, in einer Dienstordnung die Besoldungen der Landesarbeitsämter festzusetzen. Abg. Schmidt-Stettin (DN.) beantragt, aus grundsätzlichen Bedenken heraus das Reichsarbeitsministerium zu bitten, diesen Gehaltsfestsetzungen keine Bestätigung zu geben, bevor der Reichsarbeitsminister nicht dem Ausschuß von der Festsetzung Mitteilung gemacht habe. Der Ausschuß schloß sich diesem Antrage an. Der Rest der Besoldungsordnung B wird nach der Fassung der ersten Lesung erledigt. Desgleichen Besoldungsordnung C (Soldaten der Wehrmacht), und die Besoldungsordnung D (Polizeibeamte beim Reichswasserschutz). § 22 a (Festsetzung des Besoldungsdienstalters der Versorgungsanwärter) der in der ersten Lesung neu geschaffen worden ist, wird unverändert genehmigt. Auf eine Beschwerde über die Eile, mit der auf die Verabschiedung gedrängt werde, erklärt Ministerialdirektor Dr. Lotholz, daß, wenn die Vorbesprechungen innegehalten würden (Erledigung bis zum 14. ds. Mts.), dann die Regierung alle Vorbereitungen getroffen habe, den Beamten nicht bloß Pauschalbeträge zu Weihnachten auszuzahlen, sondern die ihnen nach dem Gesetz zustehenden neuen Bezüge. Weiterberatung Samstag.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer vom Reichsrat angenommen.

tu **Berlin**, 9. Dez. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit einer Regierungsvorlage, die die Lohnsteuer von 10 auf 9 Prozent ermäßigt und zugleich die bisherigen Familienermäßigungen für Frauen und Kinder erhöhen wollte. Die Vorlage sah weiter für die Anlagepflichtigen eine Ermäßigung des Einkommensteuertarifes in den untersten Stufen von 10 auf 9 Prozent vor. Die Reichsratsausschüsse hatten aus finanziellen Gründen nur die Familienermäßigung angenommen, dagegen die sonstigen vorgeschlagenen Steuerermäßigungen abgelehnt mit der Begründung, daß durch den entstehenden Einnahmeausfall Länder und Gemeinden geschädigt würden. Von Württemberg war beantragt worden, auch die Familienermäßigungen nicht zu bewilligen. Die Reichsratsausschüsse hatten jedoch den württembergischen Antrag abgelehnt. In der heutigen Vollsitzung des Reichsrates wurde diese Abstimmung wiederholt und der Antrag Württemberg mit 47 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die Ausschußbeschlüsse wurden in einfacher Abstimmung mit Mehrheit angenommen. Von Seiten der Reichsregierung wurde die Erklärung abgegeben, daß sie an ihrer Vorlage festhalte. Es wird daher eine Doppelvorlage im Reichstag eingebracht werden.

Kabinettsberatungen über die Frage der Reichsreform.

w **Berlin**, 9. Dez. (Tel.) Das Reichskabinett hat sich einer seiner letzten Sitzungen zwecks weiterer Vorbereitung der für Mitte Januar in Aussicht genommenen Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder abermals mit Fragen der Verfassung- und Verwaltungsreform in Reich und Ländern befaßt.

Minister a. D. Hamm über Verwaltungsreform.

w **Berlin**, 9. Dez. (Tel.) Auf einer Tagung, die der Hauptausschuß des Industrie- und Handelstages gemeinsam mit dem Landesausschuß der preußischen Industrie- und Handelskammern unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Franz v. Mendelssohn abhielt, sprach Reichsminister a. D. Hamm zu den Fragen der Verwaltungsreform. Er betonte, daß eine auf größere Wirtschaftlichkeit abgestellte Reform der öffentlichen Verwaltung nachgerade ein entscheidend wichtiges Erfordernis der Wirtschaftspolitik geworden ist. Die dauernde Steigerung der öffentlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden, sei nicht zu vereinbaren mit der Notwendigkeit einer Kostensenkung, der wirtschaftlichen Erzeugung und Verteilung. Es müsse unverzüglich zu praktischen Maßnahmen geschritten werden, wie es der Zweck der von der Reichsregierung eingeleiteten Schritte ist, auch wenn sie Opfer verlangen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Warschau.

w **Warschau**, 9. Dez. (Tel.) Nach eingehenden Besprechungen haben die Führer der deutschen und der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen sich über die bei Beendigung des deutschen-polnischen Wirtschaftskonflikts beiderseits aufzuhebenden Kampfmaßnahmen, sowie über die allgemeine Abgrenzung des Verhandlungsgebiets für das zu schließende Wirtschaftsabkommen geeinigt. Auf Grund dieses Ergebnisses haben die beiden Delegationen am heutigen Nachmittag eine erste Sitzung abgehalten, um in die gemeinsamen Beratungen einzutreten.

Deutsches Reich

Leichte Besserung im Befinden des Prälaten Schofer.

s **Berlin** 9. Dez. (Eig. Drahtbericht) Im Befinden des badischen Zentrumsführers Prälaten Dr. Schofer ist erfreulicherweise eine weitere Besserung eingetreten. Der Kranke hat auch die letzte Nacht gut verbracht. Immerhin ist sein Zustand noch besorgniserregend genug.

Der Preußische Staatsrat.

vdz **Berlin**, 9. Dez. (Tel.) Der Preußische Staatsrat trat heute zu einem Sitzungsabschnitt zusammen der bis Dienstag nächster Woche angehalten soll. Vor allem steht der neue Etat zur Erledigung, der Mitte nächster Woche im Landtag beraten werden soll. In der heutigen Sitzung wurde ohne Aussprache dem Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Zwischenkrediten zugestimmt. Durch die Vorlage wird ein Betrag von 20 Millionen für die Siedlungsstätten angefordert. Es wird damit gerechnet, daß nach der Verabschiedung des neuen Landesrentenbank-Gesetzes ein Teil der seither festgelegten Zwischenkredite wieder frei wird. Am Samstag wird der Staatsrat die Haushaltungsberatung beginnen.

Abberufung des Sowjetgesandten aus Estland.

‡ **Reval**, 9. Dez. Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Sowjetgesandte Petrowski heute seine Abberufung erhalten. Diese steht im Zusammenhang mit der Affäre des früheren zaristischen Offiziers Lukowski, der nach seinen Angaben durch den Sekretär der Sowjetgesandtschaft, Tartanow, für einen Mordanschlag auf den Sowjetgesandten gedungen worden sein soll. Infolge dieser Affäre war bereits eine erhebliche Spannung zwischen Estland und Rußland eingetreten.

Zum Konflikt in der Eisenindustrie.

Eine Interpellation des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

s **Berlin**, 9. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Das Hauptthema der Besprechungen im Reichstag, in den Wandelgängen und auch zwischen den einzelnen Abgeordneten bildet zur Zeit der Konflikt in der Eisenindustrie. Die angedrohte Stillegung mit der möglichen Folge einer Aussperrung von hunderttausenden von Arbeitern ist sozusagen der Hauptgesprächsstoff. Im Reichstag sollten heute die in den Interpellationen so viel erörterten Ruhrentschädigungen schon zur Beratung kommen, aber bei der kurzen Tagung kam man noch nicht zu diesen Punkten der Tagesordnung. Sie hatten ein großes Interesse, weil einzelne Fraktionen die Absicht haben, bei dieser Gelegenheit den Konflikt in der Eisenindustrie zur Sprache zu bringen, zu dem bekanntlich schon mehrere Interpellationen vorliegen. Aus das Zentrum und die Bayerische Volkspartei haben eine Interpellation eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß unter allen für die Eisenproduktion wichtigen Ländern Deutschland das einzige Land ist, in dem anstatt des Dreischichtensystems das Zweischichtensystem in diesen Betrieben noch vorherrschend ist. Obwohl die Verhandlungen mit den Gewerkschaften noch nicht erschöpft waren, hätten die beteiligten Unternehmer mitgeteilt, daß sie ihre Betriebe am 1. Januar 1928 stillegen würden. In der Interpellation wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um die drohende Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens mit ihren unübersehbaren Folgen zu verhindern.

Ebenso wie die Parteien beschäftigt sich auch die Reichsregierung mit diesem Konflikt. Heute vormittag hat eine Ministerbesprechung stattgefunden, in der die Möglichkeiten einer Beilegung des Konfliktes besprochen wurden. Diese Besprechung sollte gleichzeitig als Vorberatung für eine Unterredung denen, die heute nachmittag zwischen mehreren Vertretern der Eisenindustrie, die in Berlin eingetroffen sind, und zwischen den Vertretern des Reichskabinetts, dem Reichsarbeitsminister, stattgefunden hat. In dieser Besprechung wurde die Grundlage für diese Unterredung geschaffen. Das Kabinett selbst hat noch keine abschließenden Beschlüsse gefaßt. Man nimmt nicht nur in politischen Kreisen, sondern auch innerhalb der Regierung mit fester Zuversicht an, daß der Kampf in der Eisenindustrie mit allen seinen ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen nicht nur vermieden werden kann, sondern vermieden werden muß. Der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister stehen in ständiger Verbindung sowohl untereinander als auch mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Verordnung für das Dreischichtensystem sieht bekanntlich Möglichkeiten vor, schwere technische Schädigungen zu vermeiden, um deren Umgrenzung jetzt der wesentliche Kampf geht. Da auch die Eisenindustrie durch hervorragende Vertreter erklären ließ, daß sie grundsätzlich einer Einführung des Dreischichtensystems nicht entgegensteht und nur gegen eine allgemeine Durchführung ist, so ist die Situation wesentlich gemildert. Inwieweit der Industrie derartige Rechte zugestanden werden sollen, das ist z. B. Gegenstand der Beratungen des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers unter Fühlungnahme mit den beiderseitigen Organisationen. Auch die Schlichtungsverhandlungen werden in dieser Frage Klarheit schaffen. Man nimmt an, daß sie sich bis Mitte Dezember hinziehen werden und erst nach ihrem Abschluß kann das Reichskabinett seinerseits erneut Stellung nehmen.

Der „Vorwärts" glaubt in der Lage zu sein, die Stillegung in der Eisenindustrie als Vorspiel zu einem Staatsstreich enthüllen zu können. Er baut seine Schlußfolgerungen auf Ausführungen auf, die der Stahlhelmführer Franz Seldte am gestrigen Donnerstag abend in München ausgesprochen hat und die dem „Vorwärts" zufolge lauten: „Als nationale Opposition will der Stahlhelm ein Instrument schaffen, das eines Tages ein starker Mann gebrauchen wird. Dieser Tag der Krise kann schneller kommen als manche denken, vielleicht schon durch den jetzt drohenden Konflikt in der Eisenindustrie. Wenn dann der Stahlhelm aber zur Macht kommt, muß er die Arbeiterkameraden in seinen Reihen sagen, daß wieder länger und mehr gearbeitet werden muß, sonst kann Deutschland seine innere und äußere Befreiung nicht durchführen."

Über 200 Stillegungsanzeigen beim Demobilmachungskommissar.

tu **Essen**, 9. Dez. Bei dem Demobilmachungskommissar in Arnsberg sind bis jetzt weit über 200 Stillegungsanzeigen der Eisen- und Stahlindustrie eingelaufen, darunter zahlreiche der kleineren Werke der Eisen verarbeitenden Industrie. Dagegen liegen Anzeigen von bergbaulicher Seite noch nicht vor. Die Bergbau-Konzerne beraten zur Zeit die betriebstechnischen Maßnahmen, die durch die voraussichtliche Stillegung am 1. Januar 1928 notwendig werden.

Die Verhandlungen in der Hammer Eisenindustrie ergebnislos verlaufen.

tu **Hamm** i. W., 9. Dez. Die heute morgen unter dem Vorsitz des Oberregierungs- und Gewerberats Fritz von der Regierung in Arnsberg im Sitzungssaal der westfälischen Drahtindustrie anberaumten Verhandlungen über die Stellung des Werkes sind ergebnislos verlaufen. Nachdem Direktor Lange den Stillegungsantrag begründet hatte, gaben die drei beteiligten Metallarbeiter-Verbände folgende gemeinsame Erklärung ab: „Wir halten die jetzigen Stillegungsanträge und die Verhandlungen darüber für ein Druckmittel auf die Regierung in Bezug auf die Verordnung vom 16. Juli 1927, für einen unrechtmäßigen Eingriff in die schwebenden Verhandlungen und für eine Verletzung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden Friedenspflicht. Bis zur Erledigung des Schlichtungsverfahrens, an dem wir beteiligt sind, können wir keine weiteren Erklärungen abgeben, auch aus dem Grunde nicht, weil die örtliche Werkleitung auf die Durchführung oder Aufhebung des Stillegungsantrages keinen Einfluß hat." Anläßlich dieser Erklärung hielt der Vorsitzende eine weitere Verhandlung nicht mehr für nötig und schloß hierauf die Sitzung.

Der für Freitag angekündigte Verhandlungstermin auf der westfälischen Union (Vereinigte Stahlwerke) wurde abgesagt.



Generaldirektor Poensgen,
von den Vereinigten Stahlwerken ehemals Direktor der Phönix Bergbau, hat als Vorsitzender der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie die Stillegung der Eisenindustrie zum 1. Januar 1928 angekündigt.

Die Genfer Beratungen.

Nichtöffentliche Ratssitzung.

w **Genf**, 9. Dez. (Tel.) In einer nichtöffentlichen Sitzung hat der Völkerbundsrat heute vormittag die vom Reichsminister Dr. Stresemann als Berichterstatter unterbreiteten Vorschläge zur Bildung des beratenden Wirtschaftsausschusses genehmigt, dessen Einsetzung von der Weltwirtschaftskonferenz zwecks Fortsetzung ihrer Arbeiten gefordert worden war. Deutschland ist in diesem Ausschuß vertreten durch Franz von Mendelssohn, Präsident des Industrie- und Handelstages, Dr. Lammers, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, den früheren Reichsminister Dr. Hermes, Mitglied des Internationalen landwirtschaftlichen Ausschusses und Hermann Müller, Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und Vorstandsmitglied des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Für Österreich wurde Frau Emmy Freundlich als Präsidentin des Internationalen Verbandes der Konsumgenossenschaften bestellt. Theunis wurde zum Präsidenten, Loucheur (Frankreich), Colijn (Holland) und Chatterjee (Indien) wurden zu Vizepräsidenten ernannt. Außerdem ernannte der Rat die Mitglieder des für die Beamten und Angestellten des Völkerbundes neu errichteten Verwaltungsgerichte und schloß die Aussprache über den englischen Antrag auf Herabsetzung der jährlichen Ratstagungen von vier auf drei ab.. Das Ergebnis dieser Aussprache ist eine grundsätzliche Zustimmung für die Herabsetzung, wobei jedoch eine vierte Tagung jährlich fakultativ bleiben soll. Eine Änderung des jetzigen Systems kann frühestens durch die nächstjährige Völkerbundsversammlung beschlossen werden.

Besprechungen der Staatsmänner in Genf.

w **Genf**, 9. Dez. (Tel.) Der heutige Nachmittag war mit einer Reihe Besprechungen ausgefüllt denen man erhebliche Bedeutung beimißt. Der polnische Außenminister hatte Briand und Chamberlain zu einem gemeinsamen Essen zu Pilsudski gebeten, an dem jedoch Chamberlain, der infolge einer früheren Verabredung mit Reichsminister Dr. Stresemann das zweite Frühstück einnahm, erst zum Kaffee gegen 3 Uhr kommen konnte. Nach einem kurzen Zusammensein der vier Staatsmänner hatte dann der englische Staatsminister des Äußern eine 1½stündige Unterredung mit Pilsudski. Weitere Besprechungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten waren abends 5 Uhr noch nicht festgesetzt. Es gilt aber als sicher, daß er noch eine Reihe der hier weilenden Staatsmänner empfangen wird, darunter auch Reichsminister Dr. Stresemann.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras stattete kurz nach 5 Uhr dem französischen Außenminister Briand einen längeren Besuch ab. Es wird davon gesprochen, daß der polnisch-litauische Konflikt bereits in der nächsten öffentlichen Ratssitzung, die auf Samstag vormittag 10,30 Uhr angesetzt ist zur weiteren Behandlung kommen soll.

Eine unfreundliche italienische Stimme gegen Stresemann.

‡ **Rom**, 9. Dez. Der Genfer Korrespondent des „Popolo d' Italia", der auch dem „Messagero" vertritt, untersucht in seinem Bericht die deutsche Politik in Genf und schreibt u. a.: Man habe sich lange in den Glauben einer großen Gesamtheit der deutschen Politik in Genf hineingeredet, wenn man aber näher hinsehe, müsse man diese Anschauung revidieren. Das geschmeidige Nachgeben Dr. Stresemanns bezwecke wohl nur, die Erbfeinde von den friedlichen Absichten Deutschlands zu überzeugen, um, einmal erreicht, die großen Themata der deutschen Politik — Räumung und Abrüstung — anzuschneiden. Aber Stresemann täusche sich, wenn er glaube, das Vertrauen Frankreichs, Polens, Belgiens und wohl auch Englands erreicht zu haben. Kein Mensch in Genf glaube ernst an die friedlichen Absichten Deutschlands, und man wundere sich, daß die Deutschen dies nicht selbst merken. Das formale Recht liege wohl auf Seiten Deutschlands sowohl in der Abrüstung als in der vorzeitigen Räumungsfrage; aber weder das eine noch das andere große Ziel werde Stresemann erreichen, und wie könne man da von einer Gesamtheit der deutschen Politik und einem Erfolge Stresemanns sprechen?

Das faszistische Blatt unterstellt damit dem deutschen Außenminister nicht mehr und nicht weniger als eine Außenpolitik des doppelten Bodens. Diese Unterstellung, die in krassem Widerspruch steht zu der Loyalität, mit der sich Deutschland auch Italien gegenüber stets verhalten hat, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Man wird aber andererseits gut tun, die offiziöse italienische Stimme zu beachten, aus der herauszuklingen scheint, daß in der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien doch noch nicht alles getan ist, was hätte getan werden können. Man darf in Deutschland nicht vergessen, daß zu den Garanten des Locarnovertrages, der eine Atmosphäre des Vertrauens der europäischen Großmächte zueinander anzubahnen bestimmt war, nicht nur England und Frankreich, sondern auch Italien gehört.

Vertagung der Salamis-Angelegenheit?

tu **Genf**, 9. Dez. (Tel.) Das vom Völkerbundsrat eingesetzte Juristenkomitee für die Salamis-Affäre setzte heute nachmittag seine Verhandlungen fort. Ein Kompromiß ist noch nicht gefunden worden. Von dem Ergebnis der morgigen Verhandlungen des Komitees wird es abhängen, ob die Salamis-Angelegenheit auf der gegenwärtigen Ratstagung behandelt werden oder auf die März-Tagung verschoben werden soll.

Die englisch-russischen Beziehungen.

Die Londoner City erwartet baldige Wiederaufnahme.

tu **London**, 9. Dez. Der im allgemeinen gut unterrichtete City-Korrespondent des „Evening Standard" stellt innerhalb führender Kreise der City eine bemerkenswerte Stellung der Bewegung für die Wiederaufnahme der englischen Beziehungen zu Moskau fest. Danach hält man es in maßgebenden Kreisen für wahrscheinlich, daß die diplomatischen Beziehungen zu Moskau etwa einen Monat nach der Rückkehr Austen Chamberlains aus Genf wieder aufgenommen werden, Ob der Wiederaufnahme der Beziehungen die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und die Freigabe des nationalisierten Eigentums folgen werde, sei nicht von ausschlaggebender Bedeutung. In Citykreisen werde die vom letzten kommunistischen Kongreß in Moskau angenommene Entschließung, die sich für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern ausspricht, als eine Revision der früheren Auffassung der Sowjetregierung in der Frage der Vorkriegsschulden und des beschlagnahmten Ölbesitzes betrachtet.

Bergbaudebatte im englischen Unterhause.

Ablehnung des Mißtrauensantrags der Arbeiterpartei.

♂ **London**, 7. Dez. Bei der heutigen Debatte im Unterhause über die wirtschaftliche Lage in England kam es zu lebhaften Szenen. Der Arbeitsminister teilte zunächst mit, daß in den ersten zehn Monaten dieses Jahres durch Industriekonflikte mehr als eine Million Arbeitstage verloren gegangen seien. Als der Minister auf den vorjährigen Streik zu sprechen kam, wurde seitens der Arbeiterpartei lebhaft protestiert. Macdonald begründete hierauf den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen Baldwin in einer ziemlich scharfen Rede. Nach einer kurzen Erwiderung Baldwins begründete Handelsminister Sir Cuncliffe Lister die Politik der Regierung im Kohlenkonflikt. In drei Monaten seien 53 534 Bergarbeiter in anderen Industrien untergebracht worden, während nur 133 Industriearbeiter im Kohlenbergbau Beschäftigung gefunden hätten. Die Regierung habe alles getan, die Einstellung von Nichtbergarbeitern in den Gruben zu verhindern. Der Handelsminister gab die Entscheidung der Regierung bekannt, ein Dreier-Komitee zur Prüfung des Arbeitslosenproblems im Bergbau einzusetzen. Diese Entscheidung hat allenthalben einen günstigen Eindruck gemacht, da sie nach den unerfreulichen Auseinandersetzungen der letzten Zeit als eine leichte Wiederbelebung der Regierungsaktivität angesehen wird. Auch die vom Handelsminister mitgeteilten Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit im Bergbau und über die Entwidlung der Kohlenpreise haben die Hoffnung gestärkt, daß durch geeignete Maßnahmen die Schwierigkeiten im Bergbau ohne ernste Gefahren für die Gesamtwirtschaft beseitigt werden könne.

Im Verlauf der Debatte sprach sich Lloyd George für eine nachdrückliche Staatsaktion im englischen Kohlenbergbau aus. Er wies darauf hin, daß der englische Bergbau fundamentale Fehler aufweise. Obwohl Großbritannien über die beste Kohle verfüge und die Verbindungen günstig seien, hätten die Rivalen ihren Kohlenabsatz seit 1913 steigern können, während der englische Kohlenabsatz zurückging. Während Polen, Rußland und Großbritannien einen Niedergang zu verzeichnen hätten, konnten Deutschland, Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten außerordentliche Fortschritte aufweisen. Die Arbeitszeit im englischen Kohlenbergbau sei länger als in irgend einem anderen europäischen Kohlengebiet. Unter den 277 000 beschäftigungslosen Bergarbeitern befänden sich zahlreiche Jugendliche. Auch Sir Alfred Mond trat für eine Regierungsaktion im Kohlenbergbau ein. Die entscheidende Frage sei aber auch für den Bergbau die Herstellung des industriellen Friedens und die enge Zusammenarbeit zwischen Gruberbesitzern und Bergarbeitern, der die Rationalisierung folgen müsse.

Der Bergbauminister Robert Lane-Fox verwies noch auf die schlechten Erfahrungen, die die Regierung mit einer indirekten Unterstützung der Eisen- und Stahlindustrie gemacht habe und betonte im übrigen, daß kein Grund vorliege, die Zukunft des Bergbaues schwarz in schwarz zu malen.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung wurde am Schlusse der gestrigen Unterhausdebatte mit 347 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall der Konservativen aufgenommen.

Der neue deutsche Gesandte für Holland: Graf Julius von Zech-Burkersrode.



Graf von Zech steht im 45 Lebensjahre. Er war nach dem Kriege preußischer Geschäftsträger in München dann Gesandter des Reiches in Finnland und während der letzten Jahre im Auswärtigen Amt tätig. Seit dem Jahre 1915 ist Graf Zech mit Isa von Bethmann-Hollweg, einer Tochter des früheren Reichskanzlers, vermählt.

Attentat auf den früheren albanischen Ministerpräsidenten Verzazi.

≙ **London** 8. Dez. Nach Londoner Blättermeldungen aus Tirana, ist gestern auf den früheren Ministerpräsidenten von Albanien, Senator Verzazi, ein Attentat verübt worden. Der Attentäter gab fünf Schüsse auf Verzagi ab, die ihn jedoch verfehlten, während einer seiner Begleiter getötet und ein anderer schwer verletzt wurden. Verzazi ist der Vater der Braut des Präsidenten Achmed Zogu.

Kurze Nachrichten.

Die deutsch-griechischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie den Blättern mitgeteilt wird, im wesentlichen zu Ende geführt worden. Nur einzelne Punkte sind noch nicht geklärt, weil der in Frage kommende griechische Minister zurzeit in Genf weilt.

75. Geburtstag des Generaloberſten Grafen von Bothmer

Heute — am 10. Dezember — begeht in München ein bekannter deutſcher Heerführer im Weltkriege ſeinen 75. Geburtstag. Generaloberſt Graf Bothmer. Als der Sproß eines alten niederſächſiſchen Adelsgeſchlechtes, das ſpäter nach Bayern verzog und ſeinem neuen engeren Vaterlande manchen tüchtigen Offizier und Beamten geliefert hat, in München geboren, wurde Felix Graf von Bothmer im bayriſchen Kadettenkorps erzogen und im Herbſt 1871 dem Infanterie-Leib-Regiment als Leutnant überwieſen.

Nach dem Beſuche der Kriegsakademie wurde Oberleutnant Graf von Bothmer Brigadeadjutant und im Jahre 1883 Kompagnie heß in ſeinem alten Regiment. Zwei Jahre ſpäter wurde er in den Generalſtab verſetzt, dem er bis zum Jahre 1901, zuletzt als Oberſt und Abteilungschef angehörte. Zwiſchendurch tat er eine Zeitlang Dienſt beim Kriegsminiſterium, war Bataillonskommandeur und beſehligte in den Jahren 1901-03 das Infanterie-Leib-Regiment. Alsdann übernahm er eine Brigade, trat 1905 an die Spitze der 2. Diviſion und wurde im Jahre 1909 zum Generalkapitän der Leibgarde der Hartſchiere ernannt, im folgenden Jahre rückte er zum General der Infanterie auf.

Im Dezember 1914 wurde er zum Führer des neu aufgeſtellten 2. bayeriſchen Reſervekorps ernannt das bald darauf als „Korps Bothmer" in den Karpathen eingeſetzt wurde. Der Sturm auf den Zwinin und der Siegeszug durch Oſtgalizien bis Strnj, ſind für immer mit dem Namen „Graf Bothmer" verknüpft. Im Juli 1915 trat der General an die Spitze der „Deutſchen Südarmee." zu der ſein Korps gehörte und drang im Herbſt bis zum Sereth vor, mußte ſich aber in die Stellungen an der Strypa zurückziehen. Über ein Jahr lang hielt die deutſche Südarmee hier treu die Wacht, dauernd griffen die Ruſſen auch während des Winters, ſo in der Weihnachts- und Neujahrsſchlacht 1915-16 mit überlegenen Kräften an. Bei der Sommeroffenſive 1916 des Generals Bruſſilow hielten die deutſchen Diviſionen allein Stand und ermöglichten dadurch den ſpäteren Gegenſtoß. Auch im Juli 1917 wies die Südarmee bei Brzezany und bei Koniuchy alle Angriffe Kerenskis zurück und drang bei der Verfolgung bis zum Sereth und Zbrucz vor. Nach dem Waffenſtillſtand an der Oſtfront übernahm der General die 19. Armee, die an der lothringiſchen Front zwiſchen den Armee-Abteilungen A und B eingeſetzt wurde und im Herbſt 1918 die Angriffe der Amerikaner aufhielt. Zahlreiche Ehren wurden dem ſtets bewährten Heerführer zuteil, neben dem Orden Pour le mérite mit Eichenlaub erhielt er das Großkreuz des bayeriſchen Militär-Max-Joſeph-Ordens, deſſen Kanzler er auch wurde. Im April 1918 rückte Graf von Bothmer zum Generaloberſten auf, nachdem er ſchon vorher a la ſuite des Infanterie-Leib-Regiments geſtellt war.

Aus der Stadt.

Münſter, 10. Dezember.

Wildſchweineſſen im Zoo. Der Zoo erwirbt ſich alljährlich mit dem Gänſe- und Wildſchweineſſen neue Freunde. Zu dem Wildſchweineſſen hatten ſich am Samstag rund 200 Damen und Herren eingefunden, die von dem ſtellvertretenden Vorſitzenden, Herrn Speith, herzlichſt begrüßt wurden. Für die Magenfrage — drei Wildſchweine hatten ihr Leben laſſen müſſen — hatte der Zoowirt, Herr Bisping, vortrefflich in bekannter Güte geſorgt. Die Abendgeſellſchaft belieferte den gemütlichen Teil mit ihrer vielſeitigen Kunſt. Eine Verloſung von Geflügel, Blumen uſw. gab den meiſten der Tiſchgenoſſen noch ein ſchönes Andenken mit nach Hauſe. Grund genug für die Bürgerſchaft, die Beſtrebungen des Vereins, des Zoologiſchen Gartens und der Abendgeſellſchaft durch eifrigen Beſuch des Gartens in Zukunft noch weiter zu unterſtützen.

Weihnachts- und Neujahrsverkehr bei der Poſt.

Über den Weihnachts- und Neujahrsverkehr bei der Poſt teilt die Reichspoſtverwaltung folgendes mit: Es empfiehlt ſich, mit der Verſendung der Weihnachtspakete möglichſt frühzeitig zu beginnen, damit die Paketmaſſen ſich nicht in den letzten Tagen vor dem Feſt zuſammendrängen und ohne Verzögerung in die Hände der Empfänger gelangen. Es wird dringend geraten, die Pakete unter Verwendung guter Verpackungsſtoffe recht dauerhaft herzuſtellen, die Aufſchrift haltbar anzubringen und den Namen des Beſtimmungsortes unter näherer Bezeichnung der Lage beſonders groß und kräftig niederzuſchreiben. Ferner darf nicht unterlaſſen werden, auf dem Paket auch die vollſtändige Anſchrift des Abſenders anzugeben und in das Patet obenauf ein Doppel der Aufſchrift zu legen. Ebenſo ſind die Päckchen recht haltbar zu verpacken und zu verſchnüren; Hohlräume ſind mit Holzwolle oder anderem Füllmaterial auszufüllen, damit die Sendungen nicht eingedrückt werden können.

Auch der Verkehr am Jahreswechſel wickelt ſich glatter ab, wenn die Neujahrsbriefſendungen möglichſt frühzeitig aufgeliefert und mit vollſtändiger Anſchrift des Empfängers (Straße und Hausnummer mit Gebäudeteil und Stockwerk, Poſtbezirk und Zuſtell-Poſtanſtalt) verſehen werden. Durch die Angabe der Zuſtell-Poſtanſtalt auf den Briefſendungen nach Berlin und anderen Großſtädten wird deren Überkunft weſentlich beſchleunigt. Es wird auch empfohlen, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erſt am 30. und 31. Dezember, ſondern ſchon früher einzukaufen, damit im Schalterverkehr keine Stockungen eintreten.

Am Samstag, den 24 Dezember, werden bei den Poſtanſtalten, wie in den Vorjahren, Dienſtbeſchränkungen im Verkehr mit dem Publikum vorgenommen. U. a. werden die Poſtſchalter im allgemeinen nur bis vier Uhr nachmittags offen gehalten werden. Im Telegrammannahme- und Fernſprechdienſt treten Beſchränkungen nicht ein.

Sonntagsrückfahrkarten.

Die Sonntagsrückfahrkarten ſollen nach den bei ihrer Einführung maßgebend geweſenen Grundſätzen vornehmlich ausgegeben werden nach Orten in landſchaftlich ſchöner Gegend, um beſonders der werktätigen Bevölkerung und der heranwachſenden Jugend den Beſuch ſolcher Orte zu erleichtern; ſie ſollen mit dazu beitragen, den Sinn für die Natur zu wecken und damit der Volkswohlfahrt zu dienen. Die Eiſenbahn legt den Begriff der landſchaftlich angenehmen Gegend nicht engherzig aus, wie zugegeben werden muß, beſonders in den letzten Jahren, und es werden jetzt Sonntagskarten aufgelegt nach allen Orten, wohin ſich ein Sonntagsausflugsverkehr von einiger Bedeutung entwickelt hat. Auch hier in Münſter iſt der Kreis der Stationen, wohin Sonntagskarten aufliegen, von Jahr zu Jahr erweitert worden, dank der Anregungen des hieſigen Verkehrsvereins. Gleichwohl kann noch mehr geſchehen. Wenn zum Vergleich die größeren Städte des weſtfäliſchen Schwerinduſtriegebietes herangezogen werden, ſo erkennt man ſofort, daß dieſe in bezug auf Sonntagskarten beſſer daran ſind als die weſtfäliſche Provinzialhauptſtadt. So liegen beiſpielsweiſe in Hamm Sonntagskarten auf nach Düſſeldorf, Godesberg, Königswinter und anderen beliebten Ausflugsorten am Rhein, nach Bielefeld, Porta uſw., wohin ſie ab Münſter bisher noch nicht eingeführt ſind, obwohl doch Münſter für den Ausflugsverkehr nach den genannten Orten ſicher eine größere Bedeutung hat als Hamm. Auch der Syndikus Stoppenbrink von der hieſigen Induſtrie- und Handelskammer iſt kürzlich in einer Tagung des Weſtfäliſchen Verkehrsverbandes entſchieden dafür eingetreten, daß auf dem Gebiete der Sonntagskarten noch mehr geſchehen müſſe als bisher. Nun iſt die augenblickliche verkehrsſchwache Winterszeit beſonders geeignet, der Eiſenbahn die Anträge auf Einführung neuer Sonntagskarten zu unterbreiten, und es erſcheint zweckmäßig, daß dieſe Anträge von einer Stelle vorgelegt werden. Die geeignete Stelle hierfür iſt der Verkehrsverein. Es ergeht deshalb an alle Kreiſe der Einwohnerſchaft, ſoweit ſie von Sonntagskarten Gebrauch machen, beſonders an die Wandergeſellſchaften und anderer Vereine die Bitte, etwaige Anträge auf Einführung neuer Sonntagsrückfahrkarten mündlich oder ſchriftlich mit kurzer Begründung an den Verkehrsverein abzugeben, der ſie dann zwecks Weitergabe an die Reichsbahndirektion geſammelt an den neugegründeten Verkehrsverband Münſterland (Geſchäftsſtelle Induſtrie- und Handelskammer) weiterleiten wird.

Das Verzeichnis der zur Zeit aufliegenden Sonntagskarten iſt u. a. in dem amtlichen weſtdeutſchen Taſchenfahrplan enthalten. Wie aus dieſem Verzeichnis erſichtlich iſt, läßt die Eiſenbahn auch Sonntagskarten zu, die zur Rückfahrt auch von Stationen einer benachbarten Eiſenbahnſtrecke benutzt werden können. Bemerkt wird noch, daß Sonntagsrückfahrkarten bereits im vorhergehenden Samstag von 12 Uhr an benutzt werden können und Gültigkeit haben bis Montag vormittag zu den bis 9 Uhr abgehenden Zügen.

Aus den Provinzen.

‡ **Hiltrup**, 9. Dez. (Unfall.) Geſtern abend in ſpäter Stunde ſtießen hier zwei Motorradfahrer in voller Fahrt zuſammen. Beide trugen erhebliche Verletzungen davon. Einer von ihnen wurde zum Krankenhauſe gebracht.

⊙ **Nienberge**, 8. Dez. (Tiefe Finſternis.) So ſchreibt uns ein Leſer, herrſcht ſeit 1½ Monden. Ein Fremder, der hierhin kommt, muß glauben, alles ſchlafe hier den Dornröschenſchlaf. Nur hier und dort ſieht man den verſtohlenen Schein einer Ollampe durch das Fenſter nach draußen ſchimmern. Die elektriſchen Leitungen ſind ſtromlos. Nur ab und zu blitzen kurze elektriſche Morſe-Lichtzeichen ähnlich dem SOS-Ruf der in Seenot geratenen Schiffe auf. Sollen ſie anzeigen, daß man immer wieder verſucht, das Werk in Gang zu bringen oder ſollen ſie bedeuten, daß das Werk in Seenot und dem Untergange nahe iſt? Möge dem ſo ſein; auf jeden Fall freuen ſich beſonders die Handwerker, Wirte und auch die Landwirte, daß der Zähler mit dem 70 Pfennig pro Kilowattſtunde Tarif nicht mehr läuft. Sie vertröſten ſich damit, daß das E W Weſtfalen recht bald die angekündigte Leitung vollendet und auch ſie mit elektriſcher Dauerenergie verſorgt, ohne die es doch heute nicht mehr geht.

✣ **Greven**, 8. Dez. (Im katholiſchen Frauenb und) gedachte die Vorſitzende, Frau Heinrich Pläger, zunächſt der verſtorbenen Kaſſiererin Johanna Schlüter. Im weiteren wurde die neue Schatzmeiſterin Hilde Sabaß eingeführt. Dann wurde ein Überblick über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge und die verſchiedenen Zweige ſozialer Tätigkeit unſeres Frauenbundes gegeben. Nach der Erledigung des geſchäftlichen Teiles hielt Dr. Köſters-Münſter einen intereſſanten Vortrag über moderne Hygiene. Nach der ſich anſchließenden Beſprechung erörterte Pfarrer Schlothmann gar vieles vom ſittlichen Standpunkte, was vorher vom geſundheitlichen Standpunkte beſprochen war. Er behandelte die moderne Frauenkleidung und ſprach die Bitte aus, die Jugend ſchützen zu helfen gegen das übermaß moderner Körperkultur, das ſich überall breit mache. Redner betonte die hohe kulturelle Aufgabe der Frau und bat dieſe beſonders, durch eine zweckentſprechende Geſundheits- und Körperpflege an Hand der Ausführungen von Dr. Köſters beſonders die Jugend vor leiblichem und ſittlichem Schaden zu bewahren.

✣ **Greven**, 8. Dez. (Verſchiedenes.) In der Generalverſammlung des Turnvereins Eintracht wurde zunächſt der Geſchäfts- und Kaſſenbericht erſtattet. Bei der Vorſtandswahl wurden gewählt: Wilhelm Bleick, der dieſes Amt nunmehr 25 Jahre bekleidet, zum 1. Vorſitzenden, Joſef Bödicker zum 2. Vorſitzenden, Paul Ebert zum Schriftführer, Franz Weſthoff zum Kaſſierer, Joh. Kloftermann zum Oberturnwart, L. Weſthoff zum 2. Turnwart, Bernh. Riekhoff zum Gerätewart, B. Beumer zum Jugendwart, Brockhaus zum 1. Sportwart, L. Elverich zum 2. Sportwart, Wilh. Landsmann zum Vertrauensmann. Der Vorſitzende dankte allen Vorſtandsmitgliedern für die im Intereſſe des Vereins bisher geleiſtete Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ſie auch weiterhin zum Wohle des Vereins tätig ſein würden. Dann wurde beſchloſſen, am Sonntag, den 11. Dezember ein Schau- und Werbeturnen zu veranſtalten. Die Weihnachtsfeier ſoll am 1. Januar, das Winterfeſt am 29. Januar ſtattfinden. Am Schluſſe der Verſammlung wurde vom Vorſitzenden noch dem Wunſche Ausdruck verliehen, daß der Turnverein im kommenden Jahre der ſchon ſo lang erſehnten Turnhalle ſich erfreuen möge. — Bei der Verpachtung des Jagdbezirks Weſterode 5, bisher Eigenjagdbezirk Leißing und Genoſſen, blieb Höchſtbietender der Wirt Jakob Sailler in Dortmund mit 10 Zentner Roggen = 75 Mark. Der Jagdbezirk hat eine Größe von 95 Hektar.

Vom Reichstag und ſeinen Ausſchüſſen.

Deutſcher Reichstag.

pd **Berlin**, 9. Dez. (Tel.)

Präſident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

Auf der Tagesordnung ſteht zunächſt der Antrag des Geſchäftsordnungsausſchuſſes, die

Genehmigung zur Verhaftung der kommuniſtiſchen Abgeordneten

Stöcker, Koenen, Hörnle, Heckert, Remmele und Pfeiffer auch weiterhin zu verſagen und das Strafverfahren bis zum Beginn der nächſten Sommerferien des Reichstages oder bis zum Reichstagsſchluß auszuſetzen, dagegen die vorherige Anberaumung eines in dieſe Zeit fallende Hauptverhandlungstermins und die vorherigen Ladungen zu genehmigen.

Abg. Dr. **Bell** (Z) erklärt, ſchärfſte Mißbilligung müſſe man darüber ausſprechen, daß die kommuniſtiſchen Abgeordneten im Oktober einfach bei der Verhandlung im Reichsgericht ausgeblieben ſeien. Der Redner begründet einen Antrag der Regierungsparteien, wonach die Immunität der genannten Abgeordneten vom Beginn der Sommerferien des Reichstages oder vom Reichstagsſchluß ab ganz aufgehoben und dann auch die Verhaftung bezw. Vorführung zugelaſſen werden ſolle.

Abg. **Dittmann** (S) bezeichnet es als ungewöhnlich, daß diejenigen, die im Ausſchuß den dort auch angenommenen Antrag ſtellten, jetzt im Plenum einen anderen Antrag ſtellten. Es handele ſich um einen ausgeſprochenen politiſchen Tendenzprozeß. Die Verfehlungen der Hitler, Ludendorff und Graefe aus demſelben Jahre 1923 würden nicht verfolgt. Niedner ſei der Propagandachef der kommuniſtiſchen Partei, die ihn zum Dank dafür an die Spitze ihrer nächſten Wahlliſte ſetzen ſollte. (Heiterkeit.)

Abg. **Schneller** (K) erklärt, die Angeklagten hätten ſich nicht geſtellt, weil ſie den Beſchluß des Reichstages nicht brüskieren laſſen wollten.

Abg. **Scholem** (Linker Kom.): Ihr ſeid ſchöne Kommuniſten! Nur um einen Reichstagsbeſchluß durchzuführen, ſtellt Ihr Euch nicht!

Abg. **Höllein** (K) drohend: Halts Maul! Wir ziehen Dir die Unterhoſen ſtramm! (Heiterkeit.) Du hatt am allermeiſten Veranlaſſung, den Mund aufzumachen! (Abg. Scholem verläßt lachend unter allgemeiner Heiterkeit den Saal.)

Abg. **Landsberg** (S) bezeichnet den Antrag der Regierungsparteien als unmöglich. Der ganze Prozeß ſei nicht mehr zeitgemäß.

Der kommuniſtiſche Antrag auf Ausſetzung des Verfahrens wird im Hammelſprung mit 165 gegen 139 Stimmen bei vier Enthaltungen, darunter den Abgeordneten Dr. Kahl und Dr. Rießer (DV) abgelehnt. Der Antrag der Regierungsparteien wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten, Kommuniſten, Völkiſche und Nationalſozialiſten angenommen.

Der Geſetzentwurf über die **Krankenverſicherung der Seeleute** wird gegen die Stimmen der Kommuniſten und Deutſchnationalen in dritter Leſung angenommen.

Die Geſetzentwürfe zur Ergänzung des **Hypothekenbankgeſetzes** und über die **Pfandbriefe** und verwandten Schuldverſchreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanſtalten werden in der Ausſchußfaſſung verabſchiedet. Ebenſo wird der Verlängerung der Geltungsdauer des Geſetzes über **Depot- und Depoſitengeſchäfte** bis zum Dezember 1929 zugeſtimmt, und zwar, da das Haus nur ſchwach beſetzt iſt und die Abſtimmung zweifelhaft bleibt, im Hammelſprung mit 168 gegen 143 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommuniſten.

In einer Entſchließung wird gewünſcht, daß die von dem Deutſchen Sparkaſſen- und Giroverband entworfene Muſterſatzung in den Sparkaſſen aller Länder möglichſt bald zur Einführung gelangt.

Es folgt die zweite Beratung des Geſetzentwurfes über den

deutſch-jugoſlawiſchen Handelsvertrag.

Der Ausſchuß ſchlägt vor, daß die mit dem Vertrag verbundene Zollerhöhung für Induſtriemais erſt am 1. März 1928 in Kraft treten ſoll.

Abg. **Hamkens** (DV) gibt für die Regierungsparteien eine Erklärung ab. Es wird darin der Abſchluß des Vertrages begrüßt.

Abg. Frau **Sender** (S) beantragt die Streichung des Art. 3, der die Änderung des allgemeinen Zolltarifs behandelt. Der ganze Reichstag ſollte dagegen Widerſpruch erheben, daß hier Fragen der Außenpolitik mit innenpolitiſchen Wirtſchaftsfragen verquickt werden.

Reichsernährungsminiſter **Schiele** erklärte, im vorliegenden Falle hatten Zweckmäßigkeitsgründe dazu geführt, in das Geſetz über den Handelsvertrag eine mit dem Vertragsinhalt eng zuſammenhängende Regelung aufzunehmen. In jedem Falle werde künftig darauf Bedacht genommen werden, daß Vertragsregelungen nicht mit autonomen Regelungen formell verknüpft werden. Der Miniſter ſucht dann zahlenmäßig nachzuweiſen, daß ſich die Zollerhöhung von 1,80 Mark pro Doppelzentner Induſtriemais angeſichts der hohen Verdienſtſpanne bei der Verarbeitung und im Handel für den Verbraucher gar nicht auszuwirken braucht.

Abg. **Meyer-Berlin** (D) bezeichnet die Erklärung des Miniſters als unbefriedigend. Die um den Preis der Zollerhöhung für Induſtriemais von der Regierung verfügte Ermäßigung für Futtermais ſei unzureichend. Der Redner ſtimmt dem ſozialdemokratiſchen Antrag zu, begrüßt aber im übrigen den Handelsvertrag, der geeignet ſei, die Beziehungen zu Jugoſlawien zu verbeſſern.

Abg. **Hörnle** (K) lehnt den Handelsvertrag ab.

Unter Ablehnung des ſozialdemokratiſchen Streichungsantrages wird die **Maiszollerhöhung** mit 183 gegen 159 Stimmen bei 13 Enthaltungen **angenommen und der Vertrag in zweiter und dritter Beratung angenommen.**

Vor der Schlußabſtimmung erklärt

Abg. **Müller-Franken** (S), daß ſeiner Fraktion die Zuſtimmung zu dem Vertrage durch das Vorgehen der Regierung unmöglich gemacht ſei. Seine Partei erhebe entſchiedenen Proteſt gegen die Verkoppelung der Zollerhöhung mit dem Handelsvertrag.

Darauf wird der Handelsvertrag auch in der Schlußabſtimmung gegen Sozialdemokraten und Kommuniſten angenommen.

Das Haus vertagt ſich auf Samstag 14 Uhr: Bericht des Ruhrausſchuſſes, Spiritusmonopolgeſetz.

Schluß 19 Uhr.

Die Schulformen.

vdz **Berlin**, 9. Dez. Der Bildungsausſchuß des Reichstages ſetzte die Beratung über den von den Deutſchnationalen, dem Zentrum der Bayeriſchen Volkspartei und der Wirtſchaftlichen Vereinigung, zum Reichsſchulgeſetz neu beantragten § 18a fort. Dieſer Paragraph ſoll lauten: „In Gebieten des Reiches, in denen ſeit dem 1. Oktober 1918 die Schulform geändert worden iſt, iſt innerhalb eines Jahres nach Beginn der Durchführung dieſes Geſetzes einem Antrage auf Umwandlung einer Volksſchule in die frühere Schulform ſtattzugeben, wenn die Erziehungsberechtigten von mehr als der Hälfte der die Schule beſuchenden Kinder ſich dafür ausſprechen." Dieſer Antrag ſieht alſo für die Umwandlung nur eine einfache Mehrheit vor. Miniſterialdirektor Pellengehr (Reichsinnenminiſterium) erklärte, wenn der Antrag für gewiſſe Gebiete des Reiches die Umwandlung unter erleichterten Bedingungen zulaſſen wolle, ſo liege zwar inſofern eine Abweichung von § 10, der die Zweidrittel-Mehrheit für die Umwandlung fordert, vor, als dieſer Antrag nur eine einfache Mehrheit erforderlich machte. Man werde aber nicht deshalb Verfaſſungswidrigkeit geltend machen können. Der ſächſiſche Miniſterialdirektor Poetzſch gab der Auffaſſung Ausdruck, daß in dem Antrage eine Geſetzgebungsabſicht mit einer Spitze gegen Sachſen vorliege. Abg. Schreck (Soz.) erklärte, ſachlich bedauere er die Annahme dieſes Antrages, die ihm ſicher ſcheine, taktiſch freue er ſich aber darüber, denn damit werde ein Terror ausgeübt, der die Länder ſtutzig machen werde. Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.) machte auf die große Erregung aufmerkſam, die die Durchführung dieſes Antrages in Thüringen hervorrufen würde. Preußiſcher Miniſterialdirektor Kaeſtner: Wenn auch der gemeinſame Antrag nicht unmittelbar Preußen betrifft, ſo haben doch alle Länder an dieſem Antrag ein Intereſſe, denn es handelt ſich hier um eine grundſätzliche und weſentliche Frage, die das Verhältnis des Reiches zu den Ländern betrifft. Der Vertreter Bayerns ſteht auf dem gleichen Standpunkt und hat mich ermächtigt, dies hier zu erklären. Abg. Rheinländer (Ztr.): Wir haben kein größeres Intereſſe an dem Reichsſchulgeſetz als die Sozialdemokraten, denn die Sozialdemokraten wollen die weltliche Schule, die ſie nach dem Wortlaut der Verfaſſung noch nicht haben, hiermit erreichen. Die Sozialdemokraten ſind daher die eigentlichen Nutznießer dieſes Geſetzes. Abg. Profeſſor Dr. Schreiber (Ztr.) betonte, das Zentrum habe noch eine Reihe von Forderungen anzumelden, die auf Parität abzielen.

In der Abſtimmung wurde § 2 des Entwurfs, der die Formen der deutſchen Volksſchule allgemein behandelt, in der von der Deutſchen Volkspartei beantragten Faſſung angenommen: „Die Volksſchulen ſind nach näherer Beſtimmung dieſes Geſetzes Gemeinſchaftsſchulen oder Bekenntnisſchulen oder bekenntnisfreie Schulen. Dieſen Schulformen iſt — unbeſchadet des Artikels 146 Abſ. 1 der Reichsverfaſſung — im Rahmen der Beſtimmungen dieſes Geſetzes freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben." Neu eingefügt wurde auf Antrag der Deutſchen Volkspartei ein § 12a wonach von Amtswegen einzurichtende neue Schulen als Gemeinſchaftsſchulen einzurichten ſind, ſoweit ſich nicht die Mehrheit der Erziehungsberechtigten für eine andere Schulform ausſpricht. Der Antrag iſt nicht nötig, wenn die Zuſammenſetzung der Bevölkerung den Schulcharakter von vornherein beſtimmt. § 18, der den Charakter der beſtehenden Schulformen behandelt, wurde in der Faſſung eines Antrages der Deutſchen Volkspartei (einfache Mehrheit für die Umwandlung einer beſtehenden evgl., kath. oder jüdiſchen Volksſchule in eine Gemeinſchaftsſchule) angenommen. Angenommen wurde ſchließlich auch der gemeinſame Antrag der Deutſchnationalen, des Zentrums, der Bayeriſchen Volkspartei und der Wirtſchaftspartei auf Einfügung eines § 18a. Die Weiterberatung wurde bis Dienstag vertagt.

*

Der Steuerausſchuß des Reichstages trat in die Beratung des Geſetzentwurfes über die Kraftfahrzeugſteuer ein. Die ſozialdemokratiſchen Mitglieder nahmen an der Sitzung teil. Abg. Herold (Ztr.) erklärte im Namen der Regierungsparteien, daß die Abſtimmung am Dienstag über die Herbeirufung des Reichsfinanzminiſters mit Auskunftserteilung über Senkung der Lohnſteuer ablehnend ausgefallen iſt, nicht deshalb, um das Recht der Oppoſitionsparteien auf Herbeirufung zu beſtreiten, ſondern lediglich auf den Wunſch der Reichsregierung hin, die Vorlage bis zu ihrer öffentlichen Beratung im Reichsrat vertraulich behandelt zu ſehen. Darauf wurde die allgemeine Ausſprache über das Kraftfahrzeugſteuergeſetz beendet. Der Ausſchuß wird morgen mit der Spezialdebatte beginnen.

Im ſozialpolitiſchen Ausſchuß des Reichstages wurde der Entwurf eines Geſetzes zur Abänderung des Betriebsrätegeſetzes beraten. Danach ſoll der § 23. der die Vornahme der Wahl des Betriebsrates regelt, ſo gefaßt werden, daß ſpäteſtens vier Wochen vor Ablauf der Wahlzeit des Betriebsrats ein aus drei Wahlberechtigten beſtehender Vorſtand die Vornahme der Neuwahlen regelt. Der Ausſchuß vertagte ſich auf Montag.

Der Wohnungsausſchuß des Reichstags erledigte das Mieterſchutzgeſetz durch faſt unveränderte Annahme der §§ 52 bis 52 e (etwaige Aufhebung von Urteilen oder Vergleichen).

Der Verkehrsausſchuß des preußiſchen Landtages beendete am Freitag die Vorberatung des Geſetzes über die Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge. Auf Antrag der Rechtsparteien wurde die im § 2 der Vorlage feſtgeſetzte Zuſchußzahlung an Brückenunterhaltungspflichtige von einer Sollvorſchrift in eine Mußvorſchrift umgewandelt. Im übrigen wurde die Vorlage angenommen.

Dr. Marx vor dem Ausſchuß für die beſetzten Gebiete.

‡ **Berlin**, 9. Dez. In der Ausſprache im Ausſchuß für die beſetzten Gebiete brachten die Redner aller Parteien zahlreiche Wünſche für die Beſſerung der Verhältniſſe in den beſetzten Gebieten vor. Staatsſekretär Schmid beantwortete eine Reihe von Fragen und beſtritt, daß die Pirmaſenſer Schuhinduſtrie bei den Unterſtützungsmaßnahmen zu ſchlecht weggekommen ſei. Im Gegenſatz zu der ſonſtigen Übung ſeien hier die Vorſchläge der Beſatzungsbehörde in Speyer mit 100 Prozent berückſichtigt worden. Der Regierungsvertreter teilte weiter mit, daß zur Zeit ſich noch 90 Gefangene in den Militärgefängniſſen der Beſatzungsmächte befinden. Am Schluß der Ausſprache nahm nochmals Reichskanzler Marx das Wort, um zu betonen, die Reichsregierung werde dauernd auf Beſeitigung der Beſatzung hinarbeiten. Der Kanzler beſtritt, daß etwa die Beteiligung der Deutſchnationalen an der Regierung zur Verſteifung der außenpolitiſchen Lage geführt habe. Dieſe Verſteifung ſei bereits vor der letzten Regierungsumbildung erfolgt. Die Notlage Heſſens ſei eine große politiſche Frage, die demnächſt entſchieden werden müſſe.

Reichstagsausſchuß für die Strafrechtsreform.

vdz **Berlin**, 9. Dez. (Tel.) Der Reichstagsausſchuß für die Strafrechtsreform trat in die allgemeine Ausſprache des 10. Abſchnitts des Entwurfs über die Strafbemeſſung ein. In der Abſtimmung wurde § 60 nach Annahme verſchiedener Anträge des Zentrums und der Bayeriſchen Volkspartei in folgender Faſſung angenommen: „Bei Bemeſſung der Strafe hat das Gericht hauptſächlich abzuwägen, inwieweit die Tat auf einer verwerflichen Geſinnung oder Willensrichtung des Täters und inwieweit ſie auf Umſtänden beruht, die dem Täter nicht zum Vorwurf gereichen. Es ſoll dabei berückſichtigen: Die Beweggründe und den Antrieb zur Tat, den Zweck, den der Täter verfolgt hat, die Nachhaltigkeit des zur Tat aufgewendeten Willens und die angewendeten Mittel, die verſchuldeten Folgen der Tat, das Maß der Einſicht des Täters und den Einfluß krankhafter oder ähnlicher Störungen auf ſeinen Willen, das Vorleben des Täters, ſeine perſönlichen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe zur Zeit der Tat und der Aburteilung, das Verhalten des Täters nach der Tat insbeſondere, ob er ſich bemüht hat, den Schaden wieder gut zu machen der durch die Tat entſtanden iſt." Hierauf vertagte ſich der Ausſchuß.

Aus der Grafſchaft Bentheim.

§ **Bentheim**, 6. Dez. (Verſchiedenes.) Die Städtiſche Bücherei wurde durch eine Anzahl Bücher der neueren Literatur vervollſtändigt. Die Leihgebühr beträgt 5 Pfg. pro Buch und Woche. — Der Verein für vaterländiſche Freilichtſpiele veranſtaltet am kommenden Sonntag im Hotel Kaiſerhof einen Leſeabend. Die Frage, welches Stück zum nächſten Sommer aufgeführt werden ſoll, wird noch erörtert werden. Auf Grund von Beratungen, die mit ſachkundigen Männern gepflogen wurden, kommen auch Werke die auf heimatlichem Boden ſpielen, hier zur Uraufführung in Frage.

‡ **Nordhorn**, 9. Dez. (Ergebniſſe der Vieh- und Schlachtungszählung) am 1. Dezember 1927: Pferde 219, Rindvieh 731, Schafe 20, Schweine 1872, Ziegen 175, Kaninchen 471, Federvieh 9042, Bienenſtöcke 99, Schlachtungen vom 1. 12. 1926 bis 30. 11. 1927 686.

Aus dem Emslande.

⊙ **Lingen**, 8. Dez. (Zur Förderung des Frühgemüſebaues) werden vorausſichtlich Darlehen zur Verfügung geſtellt. Die näheren Bedingungen über die Gewährung der Darlehen ſowie über die Höhe des Zinsſatzes und der Rückzahlung ſind noch nicht bekannt. Betriebe, die ſich der Förderung des Frühgemüſebaues widmen wollen, tun gut, etwaige Darlehnsanträge bis zum 20. 12. beim Kreisausſchuß zu ſtellen.

§ **Lingen**, 8. Dez. (Verſchiedenes.) Zu dem Raubüberfall auf den Sparkaſſenbeamten zwiſchen Lingen und Mettingen wurde eine Verhaftung vorgenommen. Der in Munderſum Verhaftete iſt wahrſcheinlich an dem Raubüberfall beteiligt geweſen. — Geſtern feierten die Eheleute Penſionär Fritz Runte, hier, Wilhelmſtraße, das Feſt ihrer goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar erfreut ſich noch vorzüglicher geiſtiger und körperlicher Friſche.

✣ **Lingen**, 9. Dez. (Der Wiederaufbau von Lingen und Auen,) für den reichs-, ſtaats-, provinz- und kreisſeitig und durch Spenden etwa 500 000 Mark zur Verfügung geſtellt wurden, iſt beendet. Bei Hunderten von Häuſern mußten Giebel und Dächer vollkommen neu hergerichtet werden. Durch die vielen neuen Ziegelbedachungen hat die Stadt ein Ausſehen bekommen, als ob in ihr eine rege Bautätigkeit herrſche. Sehr gut nimmt ſich jetzt der Marktplatz aus, der ein friſches, farbfrohes Bild erhalten hat. Was nicht ſo ſchnell zu erſetzen iſt, iſt der prächtige Baumſchmuck des betroffenen Stadtteiles. Hier macht einen beſonders betrübenden Eindruck der Platz vor der evangeliſchen Kirche, der ſeiner Zierde — eine große Anzahl ſtattlicher Bäume — bis auf fünf Bäume beraubt wurde. Auch der Ort Auen, in dem der Typhon die alten Fachwerkhäuſer und Lehmbauten einfach vom Erdboden wegraſierte und einen Schaden von 450 000 Mark anrichtete, iſt gleichfalls größtenteils wieder aufgebaut. Hier hat man überall maſſive Neubauten errichtet, die ganz oder doch im Rohbau fertiggeſtellt ſind. Das Dorf macht jetzt den Eindruck einer neuen Siedlung und hat dadurch einen beſonders eigenartigen Anblick, daß es keinen Baumſchmuck mehr aufweiſt. Von den 450 000 Mk. ſtellte das Reich 100 000 Mark zur Verfügung, durch Sammlungen wurden 145 000 Mark aufgebracht, während den Reſt die Bewohner zu tragen haben.

Werlte, 8. Dez. (Brand.) Geſtern abend ertönte die Brandglocke. Es brannte das Haus des Mühlenbeſitzers Boße im nahen Wehm. Das Anweſen wurde bis auf den Grund zerſtört. Das Feuer iſt auf dem Boden zum Ausbruch gekommen. Ein Schwein und acht Ferkel kamen in den Flammen um. Sämtliche Erntevorräte verbrannten. Auch das in der Rauchkammer aufbewahrte Fleiſch eines vor kurzem geſchlachteten 500pfündigen Schweines verbrannte. Die in nächſter Nähe ſtehende Mühe konnte gerettet werden, da der Wind die Flammen abtrieb. Das Mobiliar konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das Haus war verſichert.

§ **Meppen**, 8. Dez. (Der Landw. Hauptverein Arenberg-Meppen) beabſichtigt, ſeinen Mitgliedern möglichſt weitgehende Belehrung auf dem Gebiete der bäuerlichen Geflügelzucht zuteil werden zu laſſen. Zu dieſem Zweck wird der allgemein bekannte Sachverſtändige Lehrer Wieking-Brandlecht Vorträge halten über Geflügelzucht und Geflügelhaltung im Rahmen des bäuerlichen Betriebes". Je ein Vortrag findet ſtatt am 27. Dezember, 3½ Uhr in Aſchendorf, Hotel Korte, am 28. Dezember, vormittags 10 Uhr in Lathen, Gaſtwirtſchaft Wilkens, am 28. Dezember, nachm. 4 Uhr in Sögel im Schröerſchen Saal, am 29. Dezember, vorm. 10½ Uhr in Meppen, Hotel Germania, nachmittags 3 Uhr in Holte, Gaſtwirtſchaft Huſer, am 30. Dezember, vorm. 10 Uhr in Lengerich, Hotel Erdmann, nachm. 3 Uhr in Bramſche, Gaſtwirt Hekkamp, am 31. Dezember, vorm. 10½ Uhr in Emsbüren, Gaſtwirtſchaft Möller. — Der Landw. Hauptverein ſucht weiterhin die Pflege der Düngerſtätten zu heben durch Verteilung von Prämien in Höhe von je 70—100 Mark. Die Anmeldungen zur Prämierung müſſen b



Berufskleidung

Aerzte-Mantel	Mk. 9.00
Radfahrer-Kittel	Mk 3 95
Braune Jacke oder Hose	Mk. 2.50
Drell-Jacke oder Hose	Mk. 3 50
Friseur-Jacke	Mk. 5 50
Friseur-Mantel	Mk. 7.90
Kellner-Jacke	Mk 5 50
Kondukteur-Jacke	Mk. 5.50
Lackierer-Kittel	Mk 4 75
Lager-Mantel	Mk. 6.50
Rejalin-Jacke	Mk 3 50
Schreiner-Bluse	Mk. 3 00
Werktags-Hosen	Mk. 3 75
Manchester-Hose, gezwirnte Qualität	Mk. 10 50
Metzgerjacke, schwarz gestrickt	Mk 5 90
Winter-Loden-Joppen mit Futter	Mk 11 75
Loden-Joppen, warm gefüttert	Mk. 7 90
Pilot-Hosen	Mk 4 50
Wind-Jacken	Mk. 8 75
Breeches-Hosen	Mk. 5 90

Lehrlings-Kleidung für alle Berufe
Frauen-Berufskleidung
Versand nach auswärts. 33jähr. Fachkenntnis

M. Lesser
Münster i. W. Salzstr. 18—19.

Sonntag durchgehend geöffnet von 11—6 Uhr.

Inseraten-Aufträge
sind an die Geschäftsstelle zu richten (nicht an die Redaktion)

Hochstetters Haus im Münsterland
Als gute Quelle stets bekannt

Große Posten Damenmäntel
aus soliden, wertvollen Winterstoffen, Weihnachtspreise, extra billig . . . **9.75 13.- 19.50 24.50** etc.

Neueste Pullover und Jumper

Große Posten Mädchenmäntel
Weihnachtspreise, extra billig von **5.50** an

Strickjacken -Neuheiten sehr apart

Aparte Modellmäntel von
vornehmste Wintermode
Weihnachtspreise, extra billig **45.-** an

Damenmäntel ganz gefüttert
mit imit. Pelzkragen, dunkelblau und schwarz Ottomane **29.-**

Große Posten Plüschmäntel
auf Kunstseide ganz gefüttert
35.- 45.- 56.- bis **98.-**
Weihnachtspreise, extra billig

Gesellschaftskleider | **Wollkleider**
Abendkleider | **Strickkleider**
Tanzkleider | **Pulloverkleider**
Brautkleider | **Trauerkleider**
Weihnachtspreise, extra billig

Alfred Hochstetter
Münster Salzstr.

Sonntag von 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Haushaltungs-Pensionat
Clara Fey Haus
Bonn a. Rh. Coblenzerstr 65
geleitet v. Schw. v. h. Kinde Jesus; staatlich anerkannt 1600vx
Schöne, gesunde Lage am Rhein. Gute Verpflegung. Gründliche haus wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Ausbildung. beschränkte Anzahl von Zöglingen Pensionspreis 1000 Mk.



Habe ständig jede Woche Samstag bis Montag eine große Auswahl prima hochtragender und frisch melker

Kühe u. Rinder
in meinen Stallungen, Schlachthofrestaurant Kanalstraße 49
zum Verkauf stehen
Albert Gumprich
Kanalstraße 20 Telefon 1627

Großer Nutzholzverkauf
Am Mittwoch, den 14. Dezember d. J., vorm. 1/2 10 Uhr werden in den Freiherrlich von Twickelschen Forsorten Lehmkamp, Wiesberg und Packwese des Gutes Conering, Gemeinde Beelage
290 Fichtenstämme 51,72 fm, 11 bis 18 cm Durchm. sehr schönes Bauholz
21 Lärchenstämme 3,18 fm
675 Fichtenstangen 1. bis 3. Klasse
516 desgl. 4. bis 5. Klasse
meistbietend verkauft.
Das Holz liegt an den neuerbauten Chausseen an guter Abfuhr. Sammelplatz Pächter Gehltomholte daselbst.
Billerbeck, 9. Dezember 1927.
Der Rentmeister
t542b Wilde

Vertreter
Bessere Herren, die an fleißiges Arbeiten gewöhnt, gegen
sehr hohe Provision
für sehr leicht verkäufl. Artikel gesucht. (D. R. P.)
Verdienst bis 30 Mk. pro Tag
Offerten unt. Dd. 1003 an Ala Haasenstein & Vogler A. G., Dortmund. t568d

Hansa
kath. kaufm. Verein
Münster e. V.

Sonntag, den 11. Dez., abends 8 Uhr im Cimbernhause, Krummestraße 7/10.
Nikolausfeier
verbunden mit großer
Wiederlosung
Die Mitglieder nebst Damen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen t585a
Der Vorstand.

Sonntag, den 11. Dez., abends 8½ Uhr findet im kleinen Saale des Schützenhofes ein kleiner
Familienabend
statt, mitwirkend die Gesangabteilung des Vereins der Solistenchor des Blau-Kreuz Vereins, Herr Ref. Wolf.
Der Eintritt ist frei.
Die Mitglieder mit ihren Angehörigen sowie die Gemeinde sind herzlich eingeladen. t571a
Der Vorstand.

Verein ehem. Kamerad des If. Armeek. 6. Kompagnie.

Die Weihnachtsfeier
mit Kinderbescherung findet am Sonntag, den 11. Dezember, von nachm. 3 Uhr ab in den Räumen des „Neuen Kruges", Wesselerstr., statt.
Anschließend ab 7,30 Uhr abends
Winterfest mit Tanz.
Fremde zahlen an Eintrittsgeld für den Abend 1 Mk. und sind die Kameraden und deren Kompagnien herzlich willkommen. t586a
Der Hauptmann.

Reiner Weinbrand
(Scharlachberg)
½ Fl. 3,50 RM
Jamaica-Rum-Verschnitt
Kontorpreis
½ Fl. 3,95 RM.
L. Wittkampf
Bringspalmarkt. 43. t542gn

Suche ständige Abnehmer für prima
Oldenburger Wurst- und Fleischwaren,
zum billigsten Tagespreise. t811)
G. Beckmann,
Datum i. Oldenbg.

DAS NEUE REICH
WOCHENSCHRIFT FÜR KULTUR, POLITIK UND VOLKSWIRTSCHAFT
HERAUSGEGEBEN VON DR. ALM. SCHOEPFER
VERLAG TYROLIA A.G., WIEN

DAS NEUE REICH behandelt in der Richtung auf die christliche Demokratie und den sozialen Fortschritt alle kulturellen, politischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Fragen der Gegenwart.
DAS NEUE REICH behandelt namentlich den neuen Staat und seine Aufgaben, das Werden der neuen Volksgemeinschaft, den sozialen Wirtschaftsstaat.
DAS NEUE REICH beurteilt von der hohen Warte der christlichen Soziallehren aus Weltpolitik, Weltwirtschaft und tritt für Völkerverständigung im Geiste wahren Christentums ein.
DAS NEUE REICH kämpft für die katholische Schule, Ehe und Familie, für die Jugend, für wahre Körperkultur und öffentliche Sittlichkeit.
DAS NEUE REICH will alle Belange der Gegenwartskultur mit dem katholischen Gedanken durchdringen. Es wendet seine Aufmerksamkeit besonders der Presse, Volksbildung, Büchereiwesen, Literatur, Kunst, Musik, Theater, Kino, Rundfunk zu.
DAS NEUE REICH hat mit augenscheinlichem Erfolg den Gedanken der katholischen Aktion als der ihrer Aufgaben sich bewußt werdenden, einheitlich geführten und auf große einheitliche Ziele hinarbeitenden christlichen Volksbewegung gepflegt.
DAS NEUE REICH bringt in jedem Heft bisher unerreicht reichhaltige, aktuelle Rundschauen über die kulturellen, politischen und sozialen Ereignisse und Strömungen des In- und Auslandes.
DAS NEUE REICH veröffentlicht auch belletristische Beiträge, Romane und Novellen erstklassiger Schriftsteller: Im 10. Jahrgang sind vorgesehen: eine längere Erzählung von Paula Gregger, eine Novelle von Enrica von Handel-Mazzetti, von Heinrich Federer und andere. Reiseerinnerungen von Abt Petrus Klotz.
DAS NEUE REICH verfügt über einen ausgedehnten glanzvollen Mitarbeiterstab im In- und Auslande.
DAS NEUE REICH steht im 10. Jahrgang; die Ausstattung dieses Jahrganges wurde durch Einführung eines besten Papieres und neuer Drucklettern besonders gehoben.
DAS NEUE REICH kann von ernsten Interessenten zum Zwecke genaueren Kennenlernens kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen probeweise bestellt werden; auch einzelne Probehefte stehen gratis zur Verfügung. Bestellungen an die
Verwaltung der Wochenschrift „DAS NEUE REICH" in Wien, VI., Mariahilferstraße 49.

Hier abtrennen!

Probeweise Zusendung von „Das Neue Reich" wünscht:
Name: _____ Beruf: _____
Genaue Adresse: _____

Krieger Verein Münster
Der verst. Kam. der 2. Kompagnie
August Schlicht,
wird am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Evangel. Krankenhauses (Wichernstraße) aus begraben. t553a
Der Vorstand.



Verein ehemaliger Artilleristen
Unser langjähriger Kassierer u. Ehrenmitglied, Kamerad
August Schlicht
ist gestorben. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr vom evangelischen Krankenhause Wichernstraße 6 aus.
Vollzähliges Beteiligung der Mitglieder ist Ehrensache.
Der Vorstand. t568a

Gand. phil gesucht zur Nachhilfe und Stipendium für Quartaner, täglich von 3—6 Uhr. Offert unt. S 8 300 an die Geschäftsstelle. *

Statt jeder besonderen Anzeige!



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute, den 7. 12., abends 10 Uhr, meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Heinr. Naber
Anna geb. Knöbel

im Alter von 54 Jahren und im 28. Jahre einer überaus glücklichen Ehe plötzlich und unerwartet, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Münster i./W. Wiedenbrück i./W., Rheine i./W., Wissen (Sieg), den 7. 12. 1927. *q

In tiefer Trauer:
Heinr. Naber und Kinder.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 11. Dezember 1927, nachmittags 1/4 4 Uhr vom Trauerhause Hörsterstraße 40, das feierliche Hochamt am Montag, den 12. Dezember, morgens 9 Uhr in der St. Martinikirche.
Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.

Statt Karten

Die Verlobung unserer Tochter Helene mit Herrn Fabrikant Heinrich Bojes zeigen wir hierdurch an
August Lohmann und Frau
Auguste geb. Pens
Rinkerode, 10. Dez. 1927

Meine Verlobung mit Fräulein Helene Lohmann gebe ich hiermit bekannt
Heinrich Bojes
Lohne, Oldbg., im Dez. 1927
t580a

Schlafanzüge
und
Nachthemden
in modernen Ausführungen
M. Leps
t445r



Gratis
Charles Dickens Werke

Nachdem unsere ersten großen Auflagen dieser Werke wegen ihrer besonderen Beliebtheit außergewöhnlich schnell vergriffen wurden, haben wir uns entschlossen, noch vor dem Fest eine neue Auflage herauszugeben. Wie die ersten Auflagen des Werkes, wird auch diese, zumal kurz vor Weihnachten, schnell vergriffen sein. Es empfiehlt sich daher, von unserem Angebot sofort Gebrauch zu machen!

Ein vollständiges Exemplar unserer Ausgabe von
Charles Dickens Werken
mit unverkürztem Text in 24 Bänden, umfassend ungefähr 4500 Seiten, erhalten Leser dieses Blattes, die den unten angefügten Abschnitt innerhalb 10 Tagen einsenden.

Sie erhalten gratis folgende Werke:
Die Pickwickier, Klein-Dorrit, David Copperfield, Eine Geschichte von 2 Städten, Schwere Zeiten, Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Der Kampf des Lebens, Die Sylvesterglocken, Eine Geistergeschichte.

Unser Angebot gilt nur für Abschnitte, die innerhalb 10 Tagen bei uns eingegangen sind.

Die Werke erscheinen schön gedruckt und in gewöhnlichem Buchformat. Der Versand erfolgt der Reihe nach, wie die Aufträge eingehen, und nur für Verpackungs- und Anzeigenspesen verlangen wir eine Vergütung von 15 Pfg. pro Band,

Irgendwelche Geldbeträge sind vorläufig nicht einzusenden

ABSCHNITT

Unterzeichneter wünscht sich gratis Charles Dickens Werke
Empfangsbescheinigung u. Nachricht über den Versand erbeten
754
Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____
Poststation: _____

Gutenberg-Verlag
Christensen & Co.
HAMBURG 1, Bieberhaus

f566z

Für einen freiwerdenden Reisebezirk (langjährig bestens eingeführt) suchen wir für sofort oder später einen branchekundigen oder aus der Lebensmittelbranche stammenden gewissenhaften, arbeitsfreudigen
Reisenden
Schriftl. Angebote mit ausführl. Lebenslauf und Ansprüchen erbitten: **Ashoff, Ellerbrock & Gehne Kakao-, Schokoladen-, u. Zuckerwaren Fabrik Herford i. W.** t815g

Großer Räumungs-Ausverkauf
ab Lager Steinfurterstr 42 Ecke Friedhof Schuppen 6
Herde, Oefen, Waschmaschinen, Zink-, Emaille-, Aluminium- und sämtl. Haus- u. Küchengeräte spottbillig zu verkaufen. Vorm. 9—5 Uhr nachm.

Alle Inserate
für hiesige und auswärtige Zeitungen besorgt stets prompt und zu Original-Preisen ohne jeglichen Aufschlag die
Münsterische Annoncen-Exped.
E. Vendel G.m.b.H. Münster i. W. Telephon 4185
nur Salzstr. 57 Felbes gegenüber
(Vom Verein Deutscher Zeitungsverleger anerkannte Ann.-Expedition) r

Sonntag, den 11. Dezember geöffnet

Was soll ich schenken

zum

Weihnachtsfest?

Kleiderstoffe



Seidenstoffe



In diesen übersichtlich angeordneten Spezial-Abteilungen wird es Ihnen leicht sein, Ihre Weihnachts-Einkäufe zu machen. Außerdem haben wir auf etwa 80 Extratischen billige Sonderposten ausgelegt, unter denen Sie nach Herzenslust wählen können. Fachmännisch geschultes Personal steht Ihnen ratend zur Seite.

Besuchen Sie daher

Hertz Weihnachtsmesse

Herrenstoffe



Baumwollwaren



Wäsche - Schürzen



Ein „Hertz-Scheck"

und gelöst ist die Geschenkfrage

Sie wissen nicht, was Sie Ihren Lieben schenken sollen. Wir wollen Ihnen helfen. Lösen Sie an unseren Kassen einen Hertz-Scheck in beliebiger Höhe und der Beschenkte kann nach dem Fest mit diesem Scheck ganz nach seinem Wunsche in allen Abteilungen unseres Hauses einkaufen.

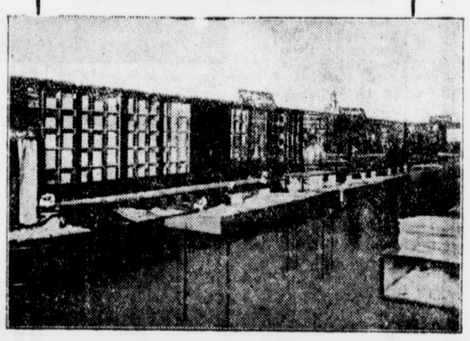
Wollwaren - Trikotagen



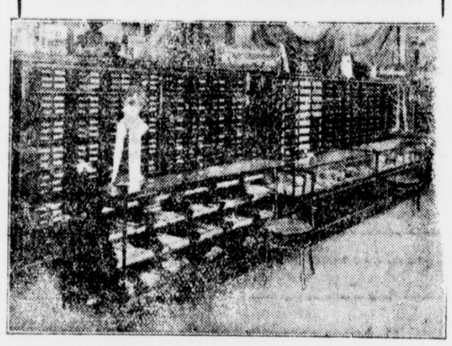
Strümpfe



Besätze - Kurzwaren



Modewaren - Handschuhe



An den Sonntagen vor Weihnachten sind unsere Geschäftsräume durchgehend von 11 bis 6 Uhr geöffnet!

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

HERTZ MÜNSTER i/W.

Prinzipalmarkt 5